

Haushaltsberatungen 2026 im Landtag

Beamte sanieren Landeshaushalt mit 1,12 Milliarden Euro

© DBB NRW | Christian Kratzsch



Sachverständige des DBB NRW und der Fachgewerkschaften vor der Anhörung im Personalausschuss des NRW-Landtages

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses des NRW-Landtages zum Landeshaushalt 2026 ist der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion mit Stellungnahmen und Anhörungen im Personalausschuss und im Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages beteiligt. Fokus der Einlassungen waren wieder die unbesetzten Stellen in der Landesverwaltung, die sich in diesem Jahr auf etwa 14 000 belaufen. Eine tatsächliche Besetzung der im Haushaltsplan angesetzten Leerstellen ist aus Sicht des DBB NRW dringend notwendig, denn diese befinden sich auf einem besorg-

niserregenden Niveau. Und dieses verdeutlicht, dass es dem öffentlichen Dienst nach wie vor nur unzureichend gelingt, sich gegen die Konkurrenz der Privatwirtschaft im Kampf um die besten Köpfe durchzusetzen. Als hervorragendes Mittel zur Attraktivitätssteigerung forderte der DBB NRW die Landesregierung auf, die wöchentliche Arbeitszeit der Beamtenschaft von 41 Stunden pro Woche auf ein marktübliches Niveau von 38,5 Stunden abzusenken. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**: „Ohne die wöchentliche Mehrarbeit der Beamtinnen und Beamten im

Land, wäre die Zahl der personellen Fehlstellen noch größer und die staatliche Funktionalität weiter reduziert. Der öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber attraktiver werden, denn seine Funktionsfähigkeit und qualitätssichernde Funktion sind absehbar bedroht.“ Angesichts der in den nächsten Monaten anstehenden Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten erwartet der DBB NRW die vollständige Übertragung des dann erzielten Ergebnisses auf die Landesbeamten. Hierzu Roland Staude: „Die 1:1-Übertragung wird zum Lackmustest für die Landesre-

gierung, ob sie es mit der Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst tatsächlich ernst meint.“

In diesem Zusammenhang erinnerte der DBB NRW den Landtag auch an die Herstellung der verfassungsgemäßen Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Landes durch die Einhaltung des Abstandsgebotes zur Grundsicherung. Bekanntlich liegen für das Jahr 2022 Klagen vor den Verwaltungsgerichten in hoher Anzahl vor. Hierzu Roland Staude: „Taschenspielertricks bezüglich der Einbeziehung eines ‚fiktiven

3 Neues Besoldungsrecht für NRW?

Fiktives Partner-einkommen ist wohl verfassungswidrig



4 Die Schuld der anderen

Mit Hass und Hetze fängt es an



5 Bundesvorsitzender besucht Landessenoren

Dr. Horst Günther Klitzing zur Vertretersitzung in Düsseldorf



Partnereinkommens' in die Berechnungen einer verfassungsgemäßen Besoldung mögen zwar kurzfristig helfen, werden sich langfristig aber als nachteilig erweisen.“ Zwar bleiben zukünftige Erhöhungen des Bürgergeldes infolge der Reform der Grundsicherung durch die neue Bundesregierung zunächst aus, allerdings gerät durch seine mehrfache Erhöhung der Mindestlohn zunehmend in den Fokus besoldungsrechtlicher Vergleichsbetrachtungen. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staudé: „Jeder soll von sei-

ner Arbeit leben können. Die zweimalige Erhöhung der gesetzlichen Lohnuntergrenze für auch ungelernte Hilfskräfte auf 14,60 Euro pro Stunde bis Anfang 2027 ist zwar wichtig für die Betroffenen, jedoch könnten diese Erhöhungen perspektivisch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dahingehend beeinflussen, wenn durch die Verringerung des Abstands zu den untersten Besoldungsgruppen die Leistungssystematik der Besoldungsstruktur nicht mehr gewahrt wird.“

Angesichts der gegenwärtigen Diskussion zur Versorgung der Beamtenschaft nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst erinnert der DBB NRW in seinen Ausführungen an die zahlreichen bisher geleisteten Beiträge der Landesbeamten zur Sanierung des NRW-Landeshaushaltes, wie Besoldungs- und Versorgungsverzicht, die Absenkung des Versorgungsbetrages und die Entnahme von Finanzerträgen, fehlende Mittelzuführung und zukünftige Entnahme von Beiträgen aus dem Pensionsfonds.

Hierzu Roland Staudé: „Der Griff in die Pensionskasse ist für den Finanzminister inzwischen zur Gewohnheit geworden. Insgesamt reden wir über 1,12 Milliarden Euro, welche die Beamtenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen als eigenen Sanierungsbeitrag an den Landeshaushalt leistet. Angesichts des gegenwärtigen ‚Beamtenbashings‘ könnte die Landesregierung dieses Sonderopfer der Beamtenschaft gegenüber der Öffentlichkeit ruhiger kommunizieren.“

MM

Herbstsitzung des Hauptvorstandes Solide durch stürmische Zeiten

Hauptvorstand

Zur turnusgemäßen Herbstsitzung des Hauptvorstandes trafen sich die Delegierten der Fachgewerkschaften des DBB NRW am 3. November wieder im Konferenzsaal des Meliá-Hotels am Düsseldorfer Hofgarten. Neben einem umfangreichen gewerkschaftspolitischen Lagebericht zur tagesakuellen Verbandsarbeit des DBB NRW durch den 1. Vorsitzenden **Roland Staudé**, insbesondere über die gegenwärtigen, fortgesetzten Angrif-

fe der Politik auf den öffentlichen Dienst, informierte die Vorsitzende der Landestarifkommission des DBB NRW, **Sandra van Heemskerck**, weiterhin über die anstehenden Einkommensrunden der Landesbeschäftigten.

Ferner standen die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das kommende Jahr und die Berichte aus Seniorenvertretung und der Frauenvertretung auf der Agenda. MM



Podium

© DBB NRW | Christian Kratzsch (2)

Teilnehmer der Sitzung des Hauptvorstandes im Meliá-Hotel Düsseldorf



Nach Expertenanhörung und Beschluss des Bundesverfassungsgerichts

Für NRW ist neues Besoldungsrecht erforderlich

Unter Berücksichtigung der Einlassungen der Sachverständigen auf der Anhörung im NRW-Landtag am 18. November 2025 bezüglich des Gutachtens des früheren Richters am Bundesverfassungsgericht, **Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio**, zur Verfassungsmäßigkeit der Besoldung in NRW und des am Folgetag veröffentlichten

Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 2025 zur Überwindung der Verfassungswidrigkeit der Besoldung des Landes Berlin ist der DBB NRW der Ansicht, dass für das Land Nordrhein-Westfalen ein neues Besoldungsrecht zwingend erforderlich ist. Der DBB NRW wird sich konstruktiv und zielfüh-

rend an dieser notwendigen Reform beteiligen.

Hierzu **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Die Expertenanhörung im Landtag und der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts bestätigen nochmals unsere bereits im letzten Jahr durch das Gutachten von Prof. Di Fabio un-

terstützte Rechtsauffassung. Das derzeitige Gesetz ist für uns somit obsolet. Wir stehen für Gespräche mit der Landesregierung über eine Besoldungsreform zur Verfügung, die Ruhendstellung der Besoldungswidersprüche für 2024 und 2025 durch die Landesregierung ist dabei eine gute Ausgangsbasis.“ **MM**



Sachverständige im Landtagsausschuss: Frank Meyers (DBB NRW), Prof. Peter Huber (Richter am Bundesverfassungsgericht a. D.), Sinan Kurt (Lehrstuhl Prof. Di Fabio), Andrea Sauer-Schnieber (DBB NRW)

© DBB NRW | Christian Kratzsch

Einkommensrunde

Unsere Forderung: 7 Prozent, mindestens 300 Euro

„Wir sind die Lösung!“

„Der öffentliche Dienst ist die Lösung für viele der Probleme, die unser Land derzeit und in Zukunft in ihrem Bann halten. Man muss ihn nur lassen und man darf ihn nicht länger beschneiden“, leitete dbb Chef **Volker Geyer** sein Statement bei der Pressekonferenz ein, in der die Gewerkschaften der Öffentlichkeit am 17. November 2025 in Berlin ihre Forderungen vorstellten. „Die Menschen zweifeln zumeist nicht an Demokratie und Pluralismus, sie misstrauen aber einem Staat, der die Basics nicht geregelt bekommt“, führte Geyer weiter aus.

„Bröckelnde Autobahnbrücken, fehlendes Pflegepersonal, unbesetzte Stellen in den Schulen oder schwindendes Sicherheitsgefühl bei vielen Bürgerinnen und Bürgern haben oftmals die gleiche Ursache. Es fehlt dem öffentlichen Dienst an Personal. Und genau das muss Thema der anstehenden Einkommensrunde mit den Ländern sein.“ In

diesem Sinne versteht der dbb zum Beispiel seine lineare Kernforderung von 7 Prozent, mindestens 300 Euro, als Teil einer notwendigen Offensive für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.

Als **Andreas Hemsing**, Fachvorstand Tarifpolitik im dbb, die Bundestarifkommission nach erfolgtem Forderungsbeschluss auf die anstehende Einkommensrunde einschwor, machte er deutlich, „dass Konflikt und Kompromiss natürlich auch zu dieser Einkommensrunde gehören werden. Und zu beidem sind wir in der Lage. Aber es geht angesichts der angespannten gesellschaftlichen Lage auch um etwas anderes: Die Position der am Potsdamer Verhandlungstisch sitzenden Arbeitgebervertreter, sich nur als Abgesandte ihrer Finanzministerien zu verstehen, würde der allgemeinen Situation nicht gerecht. Dieser Blickwinkel allein war nie hilfreich und es ist an-



Roland Staude (1. Vorsitzender DBB NRW), Volker Geyer (Bundesvorsitzender dbb), Sandra van Heemskerck (stellv. Vors. Bundestarifkommission), Andreas Hemsing (Vors. Bundestarifkommission)

© DBB | Friedrich Windmüller (2)

gesichts der für jedermann sichtbaren Probleme in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes – egal, ob Sicherheit, Bildung, Pflege, Kultur oder auch bürgernahe Verwaltung – nicht länger akzeptabel, diese Probleme bei den Verhandlungen einfach auszuklammern. Das werden wir nicht zulassen.“ Allerdings stellten beide, Geyer und Hemsing, auch klar, dass der dbb mit seinen Forderungen und mit seiner Kritik keine offenen Türen einrennen wird. Und deshalb brauchen wir nicht nur motivierende Forderungen und gute Argumente. Genauso brauchen wir auch Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit, um unsere berechtigten Anliegen durchzusetzen. Beides wer-

den wir von beiden Statusgruppen brauchen. In diesem Sinne ergänzte **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung wird zum Lackmustest für die Landesregierungen, ob sie es mit ihrer Wertschätzung für den öffentlichen Dienst tatsächlich ernst meinen.“ Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten sowie die Versorgungsempfänger/-innen wird mit Sicherheit in nahezu allen Bundesländern kein Selbstläufer. Die Einkommensrunde geht also alle an und deshalb müssen auch alle mithelfen.

MM



Konferenz der Vorsitzenden Synergien stärker nutzen

Zur alljährlichen Konferenz der Vorsitzenden lud der DBB NRW die Chefs seiner Fachgewerkschaften in den Düsseldorfer Medienhafen. Im Mittelpunkt stand dabei der lockere Austausch über die gewerkschaftspolitische Gesamtlage in Deutschland und Nordrhein-Westfalen sowie die Organisa-

tion der fachspezifischen Gewerkschaftsarbeit.

Wesentliche Tagesordnungspunkte zur Optimierung und Digitalisierung administrativer Abläufe, zur anstehenden Tarifrunde sowie zur tagesaktuellen Beamtenpolitik wurden dabei zielführend diskutiert. **MM**



Teilnehmer der Konferenz im Medienhafen

© DBB NRW | Marcus Michel

Mit Hass und Ausgrenzung fängt es an Die Schuld der anderen

Hunderte Tote, brennende Synagogen und Kultureinrichtungen, zerstörte und geplünderte Geschäfte sowie Wohnungen. Die Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 gilt als einer der schwärzesten Tage der deutschen Geschichte. Noch an den Folgetagen waren jüdische Bürgerinnen und Bürger Willkür, Entwürdigung und Gewalt nationalsozialistischer Schlägertrupps, oftmals in Zivil, aber auch des deutschen Pöbels aus ihrer Nachbarschaft ausgeliefert. In ganz Deutschland wurden Jüdinnen und Juden verfolgt, misshandelt und getötet, mindestens 127 von ihnen kamen auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens durch Misshandlungen zu Tode. Selbst nach weiteren sechs Millionen von den Nazis und ihren Schergen in Europa ermordeten Jüdinnen und Juden und insbesondere nach dem Untergang der menschenverachtenden Nazidiktatur am 8. Mai 1945 wollten viele Deutsche von all dem nichts gewusst haben, schon gar nicht dabei gewesen sein oder mitgemacht haben; weitverbreitet war die Ansicht, „die Schuld tragen andere“.

Doch dem jahrzehntelang als „Reichskristallnacht“ verniedlichten Terror gingen Jahre der

Ausgrenzung und Verfolgung voraus. Die erste Welle staatlicher Willkür gegen Juden setzte bereits kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 ein, mit Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Anwaltskanzleien und Arztpraxen. Diese Aktion verdeutlichte, dass die rund 525 000 Juden in Deutschland von den Nazis nicht als Teil des deutschen Volks betrachtet wurden.

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, durch das Beamte „nicht arischer Abstammung“ in den Ruhestand versetzt wurden, fand die rassistische Ideologie der Nationalsozialisten erstmals Eingang in ein Reichsgesetz. Schnell wurde der „Arierparagraph“ auch auf andere Berufsgruppen übertragen und ermöglichte den „legalen“ Ausschluss aller Juden aus dem öffentlichen Dienst, den Freien Berufen sowie aus Universitäten, Schulen und der Kultur. Einen noch radikaleren Einschnitt in das Leben der Juden in Deutschland brachten die sogenannten Nürnberger Gesetze von 1935, welche Juden zu Menschen minderen Rechts stempelten. Insgesamt wurden im „Dritten Reich“ etwa 2 000 anti-

NRW-Antisemitismusbeauftragte Sylvia Löhrmann, Landtagspräsident André Kuper und der Chefredakteur des NRW-Magazins, Marcus Michel, in der Ausstellung „Kristallnacht“ im Landtag



© DBB NRW | Marcus Michel

jüdische Gesetze oder Ergänzungsverordnungen erlassen.

Mit der willkürlichen Abschiebung von 17 000 als „polnischstämmig“ bezeichneten Juden nach Polen erreichte die antijüdische Politik im Oktober 1938 nochmals eine Verschärfung. Von den Deutschen aus dem Land getrieben und von den Polen nicht ins Land gelassen, irrten die Abgeschobenen im deutsch-polnischen Grenzgebiet umher, bevor sie auf polnischer Seite primitivste Unterkünfte fanden. Der 17-jährige Jude **Herschel Grynszpan**, dessen Familie unter den Abgeschobenen war, verübte am 7. November 1938 in Paris einen Mordanschlag auf den

deutschen Diplomaten **Ernst vom Rath**, dessen Tod zwei Tage später Goebbels den Vorwand für den von seiner Propaganda als „spontanen Sühneakt“ inszenierten Staatsterror lieferte. Mit der „Endlösung der Judenfrage“ sollten schließlich ab 1941 alle von den Nazis als Juden definierten Menschen in Europa und darüber hinaus systematisch ermordet werden, die physische Auslöschung erfolgte im industriellen Maßstab durch Gaskammern und Massenerschießungen.

Im Umfeld des Gedenktages an das reichsweite Pogrom zeichnete im NRW-Landtag die Ausstellung „Kristallnacht“, ein

Lachende Passanten vor einem zerstörten Geschäft in Magdeburg, 10. November 1938



© Bundesarchiv Bild_146-1970-083-42



Jugendlicher auf einer Demonstration in Bremen zum 50. Gedenntag der Pogromnacht, 1988



„Der Weg zum Frieden ist lang“ – Landtagspräsident André Kuper gedenkt auf dem Gelände des Nova Music Festivals der Opfer des 7. Oktober 2023.

gemeinsames Projekt der Stiftungen „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und „Topographie des Terrors“ aus Berlin, die damaligen Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung nach. Historische Fotoserien warfen Schlaglichter auf verschiedene Tatorte. Sechs kaum bekannte Fotoserien aus dem Reichsgebiet verdeutlichen, in welchem Ausmaß die Gewalt von einheimischen Tätern ausging. Zugleich wurde erstmals die wechselvolle Erinnerung in Deutschland an den 9. November 1938 bis in die Gegenwart dargestellt. Der Präsident des Landtags, **André Kuper**, betonte während seiner Eröffnungsrede: „Die Reichspogromnacht war ein schreckliches Signal des Hasses, getragen von Menschen, die wegsahen, mitliefen oder selbst zu Tätern wurden. Diese

Ausstellung zeigt uns eindringlich, dass Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit keine Selbstverständlichkeit sind. Jede einzelne Fotografie, jeder Schauplatz ist ein Stück Erinnerung daran, dass wir wachsam sein müssen gegen Hass, Ausgrenzung und Gewalt. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass das Geschehene nicht in Vergessenheit gerät und unsere Demokratie wehrhaft gegen den Extremismus ist.“

Wenige Tage zuvor besuchte Landtagspräsident André Kuper während seiner Israelreise das Gelände des Nova Music Festivals und das Dorf Sderot in der Nähe des Gazastreifens. Hier hatten Terroristen der islamistischen Hamas am 7. Oktober 2023 mehr als 400 meist junge Juden ermordet oder verschleppt. Es war die erste

Reise einer Delegation aus Nordrhein-Westfalen mit Vertreterinnen und Vertretern aller drei Staatsgewalten sowie der Religionsgemeinschaften nach Israel. Gemeinsam legten sie Blumen nieder und gedachten der Opfer des Massakers. Einwohner von Sderot berichteten vom Angriff der Hamas und dem jahrelangen palästinensischen Raketenterror auf Schulen und Stadt. In palästinensischen Gebieten sprach André Kuper über die aktuelle Lage nach dem Waffenstillstand. **Suleiman Khourieh**, Bürgermeister von Taybeh, berichtete der Delegation aus NRW von Übergriffen radikaler jüdischer Siedler.

André Kuper: „In Deutschland beobachten und analysieren wir den Konflikt aus der Entfernung. Aber hier, wenn man mit

den Menschen spricht, bekommt der Schrecken ein Gesicht. Die Schilderungen von den barbarischen Taten der Hamas-Terroristen in den Kibbuzim und beim Nova Music Festival und von der ständigen Angst vor Raketen sind uns allen in der Delegation zu Herzen gegangen. Wir sind auch betroffen von den Berichten der Menschen, die in den palästinensischen Gebieten unter Übergriffen leiden und Angst um den Bestand ihrer Dörfer haben. Es fällt uns schwer, die Widersprüche auszuhalten. Wir wünschen uns Frieden in der Region, sehen aber die Trauer und die Wut. Fast jeder unserer Gesprächspartner berichtete von Toten oder Verletzten aus der eigenen Familie. Der Weg zum Frieden ist lang.“

MM

Seniorenvertretung

Landessenioren trafen sich

Über Pensionsfonds und Rentenkassen

Zu seiner regelmäßigen Sitzung trafen sich Ende November die Mitglieder der DBB NRW Seniorenvertretung in der Geschäftsstelle.

Neben einem gewerkschaftspolitischen Lagebericht und Informationen über die Zugriffe der Landesregierung auf den Pensionsfonds durch den 1. Vorsitzenden des DBB NRW, **Roland Staude**, sprach der Vorsitzende der Bundes-seniorenvertretung des dbb,

Dr. Horst Günther Klitzing, ein Grußwort. Unter Moderation des Vorsitzenden der

Landesseniorenvertretung des DBB NRW, **Hubert Meyers**, diskutierten die Teilneh-

mer Überlegungen zur Veranstaltungsplanung für das nächste Jahr.

MM



© DBB NRW | Christian Kratzsch

LVR-Landesmuseum Bonn

Schöne neue Arbeitswelt – Traum und Trauma der Moderne

Die Welt der Arbeit befindet sich im Wandel. Vertraute Berufsbilder verändern sich, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und künstliche Intelligenz schaffen neue Möglichkeiten – aber auch neue Abhängigkeiten. Bereits vor rund 100 Jahren brachten technologische und soziale Umbrüche der Arbeitswelt tiefgreifende Veränderungen mit sich.

Künstlerinnen und Künstler reagierten auf diese Herausforderungen, machten Missstände sichtbar und entwarfen Visionen einer zukünftigen Gesellschaft. Nie zuvor und zu keiner Zeit danach hat sich die Kunst in vergleichbarer Intensität mit dem Wandel der Arbeit und den damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandergesetzt.

Die Ausstellung „Schöne neue Arbeitswelt. Traum und Trauma der Moderne“ im LVR-Landesmuseum Bonn, Colmantstraße 14–16, 53115 Bonn, greift dieses historische und zugleich hochaktuelle Thema auf.

Sie beleuchtet in sechs thematischen Kapiteln erstmals die

Umbrüche von Arbeit und Gesellschaft zwischen 1890 und 1940 aus der Perspektive von Künstlerinnen und Künstlern. Zu sehen sind Gemälde, Skulpturen, Fotografien und Alltagsobjekte aus ganz Deutschland und Europa. Ikonen der Neuen Sachlichkeit wie **Leo Breuers** „Kohlenmann“ (1931) treten in einen Dialog mit Werken von **Otto Dix**, **Hannah Höch**, **Conrad Felixmüller** und **Franz Wilhelm Seiwert** – und zeigen verblüffende Parallelen zu aktuellen Debatten. Sechs interaktive Bereiche schlagen einen Bogen vom Gestern ins Heute und laden zum Mitmachen und zum Austausch ein: Wie wollen wir zukünftig arbeiten?

Ausstellungsbegleitend zeigt die Künstlerin **Gertrud Riethmüller**, Trägerin des Rheinischen Kunstpreises 2024, unter dem Titel „Tracing Labour“ ausgewählte Installationen zu historischen Arbeitswelten (bis 25. Januar 2026).

MM



Arbeitnehmerstatistik

Für Pendlerinnen und Pendler spielt der ÖPNV kaum eine Rolle

Im Jahr 2024 sind fünf Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen über die Grenzen ihres Wohnortes zur Arbeit pendelt. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitteilt, waren das 0,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. 4,4 Millionen Personen wohnten in der Gemeinde, in der sie auch arbeiteten. Die Städte Köln (373 902), Düsseldorf (341 422) und Essen (168 226) waren nach wie vor die drei stärksten Einpendelknoten in NRW und befanden sich unter

den Top 10 mit den meisten Einpendelnden in Deutschland.

Der Pkw ist unangefochten das am häufigsten von Pendlerinnen und Pendlern genutzte Verkehrsmittel: Mit 68 Prozent legten im Jahr 2024 rund sieben von zehn abhängig Erwerbstätigen in NRW ihren Arbeitsweg überwiegend mit dem Auto zurück. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt auf Basis von Erstergebnissen des Mikrozensus 2024

Verkehrspolitik

06 00				Abfahrt Departure	
Geplant	Unwandelbar	Zug	Über	Abfahrt	Ziel
05:38	06:03	S 9	W-Unterbarmen - W-Oberbarmen - Schwelm	Hagen Hbf	
05:56	06:11	RE 7	Hagen Hbf - Hamm (Westf) Hbf - Münster Hbf	Rheine	
05:58		S 8	W-Zoo/og. Garten - Düsseldorf Hbf	Mönchengladbach Hbf	
× 06:02		S 28	Zug fällt aus	Kaarster See	
06:02	06:07	RE 4	W-Oberbarmen - Schwelm - Hagen Hbf	Dortmund Hbf	
06:03		S 8	W-Unterbarmen - W-Oberbarmen - Schwelm	Hagen Hbf	
06:04		RE 7	Solingen Hbf - Opladen - Köln Hbf - Neuss Hbf	Krefeld Hbf	
× 06:08		RE 49	Zug fällt aus	Wesel	
06:09		ICE 948		Köln Hbf	
06:10	06:40	RB 48	W-Barmen	Wuppertal-Oberbarmen	
06:13		S 7	W-Unterbarmen - W-Barmen - W-Oberbarmen	Solingen Hbf	
Tägliche Zumutungen für Berufspendler: unzuverlässiger ÖPNV					Köln Hbf

weiter mitteilt, pendelten 14 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hauptsächlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Arbeitsplatz. Weitere 10 Prozent fuhrten mit dem Fahrrad, Pedelec oder E-Bike. Lediglich 6 Prozent gingen zu Fuß und nur 1 Prozent nutzte sonstige Verkehrsmittel, wie Mofa oder Motorrad. Die für den Arbeitsweg genutzten Verkehrsmittel unterscheiden sich regional deutlich. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Kleinstädten pendeln häufiger mit dem Auto und, mangels Angebots, seltener mit Bus und

Bahn als solche aus Großstädten. So fuhren in 2024 nur 5 Prozent der Pendlerinnen und Pendler aus Gemeinden mit bis zu 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit, aber 80 Prozent mit dem Pkw. In Großstädten ab 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern nutzten dagegen 29 Prozent den ÖPNV für ihren Arbeitsweg und nur etwas mehr als die Hälfte (53 Prozent) das Auto.

Rund 70 Prozent der Berufspendlerinnen und -pendler in NRW benötigen für ihren

Arbeitsweg weniger als 30 Minuten von zu Hause bis zur Arbeit. Knapp 20 Prozent kommen sogar in unter 10 Minuten an, etwas mehr als die Hälfte benötigt zwischen 10 und 30 Minuten Wegezeit. Rund ein Viertel der Befragten ist täglich zwischen 30 bis 60 Minuten unterwegs und 6 Prozent eine Stunde oder länger.

Die Pendlermobilität in NRW konzentrierte sich nach wie vor auf die Nord-Süd-Achse von Bonn bis Duisburg und die West-Ost-Achse von Mönchengladbach über das Ruhrgebiet bis nach Dortmund und Biele-

feld. In 85 der 396 nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden gab es 2024 einen Einpendelüberschuss, d. h., dort war die Zahl der einpendelnden Personen höher als die der auspendelnden Personen. Die höchsten Einpendelquoten hatten Holzwickede (82,8 Prozent) und Tecklenburg (78,1 Prozent), die niedrigsten wiesen Schmallenberg (31,7 Prozent) und Gronau (33,5 Prozent) auf. Die höchsten Auspendelquoten verzeichneten Inden (85,9 Prozent), Merzenich und Odenthal (jeweils 84,8 Prozent), die niedrigsten Münster (26,1 Prozent) und Köln (29,7 Prozent). MM

Zivilcourage

Helfen statt vorbeigehen

Großer Mut im entscheidenden Moment

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** ehrte im November 15 Personen aus Nordrhein-Westfalen mit der Rettungsmedaille. Sie haben unter Einsatz ihres eigenen Lebens andere Menschen aus lebensbedrohlichen Notlagen gerettet. Zudem wurde an eine Person eine öffentliche Belobigung ausge-

sprochen. Die Auszeichnung fand im Rahmen einer Feierstunde im Schloss Horst in Gelsenkirchen statt. Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Das entschlossene Handeln Einzelner kann Leben retten – das haben die 15 Menschen eindrucksvoll gezeigt, die mit der Rettungsmedaille des Landes

Nordrhein-Westfalen geehrt werden. Durch ihren mutigen Einsatz retteten sie Mitmenschen aus lebensgefährlichen Situationen, in denen diese hilflos waren. Sie haben das getan, was nicht selbstverständlich ist: Verantwortung übernommen und in einem entscheidenden Moment Mut

bewiesen. Ihr Engagement steht beispielhaft für die Werte, die unsere Gesellschaft tragen – Zusammenhalt, Mitmenschlichkeit und Zivilcourage. Für dieses beeindruckende Handeln verdienen sie unsere höchste Anerkennung und unseren Respekt.“

MM



Ministerpräsident Wüst verleiht am 7. November 2025 die Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen an zwölf Retterinnen und Retter. Die Verleihung fand im Schloss Horst in Gelsenkirchen statt.

© Land NRW / Marcel Kusch

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Reinhard Böing, Roland Staude, Christian Kratzsch

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 47, gültig ab 1.1.2025. Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

KV Wesel und KV Kleve

Gewerkschaftspolitische Weiterbildung in Landtag und Geschäftsstelle

Am 5. November 2025 besuchte eine Delegation der beiden DBB Kreisverbände Wesel und Kleve unter der Leitung der beiden Vorsitzenden **Michael Nabbefeld** (GdS) und **Reinhard Böing** (BDZ) die Landesgeschäftsstelle des DBB in Düsseldorf. Dabei wurde man von dem Landesvorsitzenden **Roland Staude** und dem für die Kreisverbände zuständigen Vorstandsmitglied **Astrid Walter-Strietzel** begrüßt. Kollege Staude gab einen umfassenden Überblick über die tagesaktuellen Themen, unter anderem zur Beamtenbesoldung beziehungsweise Beamtenversorgung, und stand auch für Rückfragen zur Verfügung.

Danach ging es zu dem fußläufig gelegenen NRW-Landtag. Dort erhielt man zuerst einen allgemeinen Überblick über die Aufgaben des Landtages. Anschließend konnte die Delegation auf der Besuchertribüne an einer Plenarsitzung teilnehmen, wo unter anderem die Än-



Mitglieder des KV Wesel und des KV Kleve zu Besuch im NRW-Landtag

© DBB NRW | Reinhard Böing

derung des Verfassungsschutzgesetzes NRW behandelt wurde, mit einer anschließenden Abstimmung. Abschließend gab es noch eine Diskussionsrunde mit den beiden Landtagsabgeordneten **Charlotte Quik** (für den Kreis Wesel) und **Günther Bergmann**

(für den Kreis Kleve). Beide gaben einen Einblick in die tägliche Arbeit eines Landtagsabgeordneten. Außerdem stellte MdL Bergmann die große Wirtschaftskraft von Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern heraus. Auf die Frage nach der Zukunft des

Berufsbeamtentums in NRW wurde deutlich, dass man gegebenenfalls prüfen müsse, evtl. nur noch hoheitliche Aufgaben durch Beamte ausführen zu lassen, da mittlerweile 36 Prozent des Landeshaushaltes für Personalausgaben ausgegeben werden.

RB

